E1 Europa, aber Links!

Gremium: Länderrat Beschlussdatum: 01.07.2023

Tagesordnungspunkt: E.A Begleitantrag zur

Europawahlkampagne

Antragstext

Europa, aber Links!

Unsere Grundpfeiler für die Europakampagne 2024

Schluss mit Krise(n) - Zeit für Veränderung!

- Waldbrände, Überflutungen, Arbeitslosigkeit, Menschenrechtsverletzungen, Krieg –
- 5 Schlagzeilen, die wir täglich hören. Zu oft verbinden wir damit Geschehnisse,
- die weit weg passieren obwohl das unsere bittere Realität in Europa ist.
- Denn während in Italien Wälder brennen, regiert eine rechtsextreme Regierung das
- Land. Während in Frankreich jedes fünfte Kind unter der Armutsgrenze lebt, wird
- 9 der Sozialstaat schrittweise abgebaut. Und während die EU sich mit ihren Werten
- schmückt, schafft sie das Recht auf Asyl quasi ab. Wir sehen: die Krisen und
- ihre Auswirkungen treffen uns hier in Europa.
- Auch in Deutschland ist die politische Lage alles andere als rosig: weitgehender
- Klimaschutz oder eine Bekämpfung der sozialen Ungleichheit sind eher ein ferner
- 14 Traum als die Tagespolitik der Ampel. Statt Mieter*innen und vor allem
- einkommensschwache Haushalte bei den gestiegenen Kosten des Wohnens zu
- unterstützen, diskutieren wir seit Monaten das eigentlich klimapolitisch
- notwendige Gebäudeenergiegesetz. Statt Kommunen finanziell zu entlasten, stimmt
- die Ampel-Regierung einer Verschärfung des Asylrechts zu. Statt ambitionierter
- 19 Investitionen steht uns ein Sparkurs ins Haus.

Und nächstes Jahr also EU-Wahlen?!

- 21 Während all dieser Krisen & Rückschritte findet im nächsten Jahr die Wahl zum
- Europäischen Parlament statt und es ist angesichts dieser Entwicklungen

- schwer, euphorisch darauf zu blicken.
- Es wäre falsch, unsere Kritik an der EU leise zu stellen, aus Angst, den Rechten
- in die Karten zu spielen zu viel läuft derzeit schief. Für uns als
- internationalistischer Verband ist dabei aber stets glasklar, dass wir nicht ins
- Nationale zurückfallen können und dürfen. Deswegen definieren wir als Ziel ein
- Europa, in dem die Bedürfnisse der arbeitenden Klasse und der Erhalt unserer
- Lebensgrundlagen im Fokus stehen nicht die Profite der Wenigen!
- Dabei ist das, was in Deutschland passiert, für die Entwicklungen in Europa von
- hoher Relevanz. Die Deutsche Bundesregierung spielt eine besondere, aber keine
- besonders gute Rolle. Denn auch sie ist es, die anderen Ländern den eigenen
- Sparkurs aufdrückt, sich selbst vor ambitioniertem Klimaschutz wegduckt und in
- den Chor einstimmt, der das Recht auf Asyl aushöhlt. Umso relevanter ist es,
- dass wir als Linke für eine klare Alternative einstehen und auch der eigenen
- 36 Bundesregierung die Stirn bieten.
- Seit der letzten Europawahl 2019 hat sich für die Grüne Jugend einiges
- verändert. Wir haben unsere Mitgliederzahlen verdoppelt. Wir haben uns vor Ort
- verankert und haben nicht trotz, sondern gerade aufgrund der
- Regierungsbeteiligung der Grünen einen starken Schwerpunkt auf Bewegungs- und
- Basisarbeit gelegt. Wir lassen uns nicht von kleinschrittigen
- 42 Regierungskompromissen lähmen! Statt uns damit abspeisen zu lassen, fordern wir
- 43 weiter das Notwendige ein. Wir sind stärker geworden und wollen diese Kraft im
- nächsten Jahr für unsere Kampagne nutzen!
- 45 Denn es waren nicht die Regierenden, sondern FridaysForFuture, die die
- Europawahl 2019 zur Klimawahl machten. Die zivile Seenotrettung verteidigt bis
- 47 heute die Werte Europas, zur Not an den EU-Regierungen vorbei. Und die großen
- 48 Proteste gegen die Rentenreform in Frankreich haben auch unsere aufkommende
- Streikbewegung in Deutschland jeden Tag aufs Neue inspiriert.
- Veränderung ist möglich, wenn wir uns zusammenschließen. Dafür lohnt es sich
- jetzt zu kämpfen.

52

Inhaltliche Schwerpunkte für die Kampagne

- Um viele junge Menschen für ein solidarisches Europa zu begeistern, reicht es
- lange nicht mehr, einfach nur für Europa zu sein. Gerade angesichts der vielen
- besorgniserregenden Entwicklungen, die wir innerhalb der EU wahrnehmen, brauchen
- wir konkrete Visionen, die junge Menschen begeistern, politisieren und ihnen
- eine Alternative zum Status Quo aufzeigen. Deswegen wollen wir unsere Visionen
- von einem anderen Europa auf konkrete Themen herunterbrechen, die wir gemeinsam
- 59 auf die Straßen bringen!

Für ein soziales Europa!

60

61

62

63

64 65

66

67

68 69

70

71

72

73

74

75

76

77

78

92

93 94

95

96 97

98

99

Den Kopf nur in den Sand zu stecken und die Wahlergebnisse faschistischer Parteien nur auf ihre gute Kommunikationsstrategien zu schieben, ist falsch. Die Zugewinne der europäischen Rechten lassen sich - anders als in Diskursen manchmal behauptet - nicht mit der Naivität von Menschen erklären, sondern mit der Unzufriedenheit, von dem momentan bestehenden System im Stich gelassen zu werden. Dabei dürfen wir nicht vergessen, wie sehr die aufgezwungene Sparpolitik 2010 gerade in südeuropäischen Ländern zu Angst vor Krisen gesorgt hat - dort können die Rechten mit scheinbar einfachen Lösungen anknüpfen. Aber die gewählten Rechten Regierungen führen keineswegs zu einer verbesserten Situation der arbeitenden Klasse. Die beste Lösung, den Rechten den Nährboden zu entziehen, ist daher nicht, Menschen zu verurteilen, die denken, rechte Lösungen könnten ihnen tatsächlich helfen. Die beste Lösung ist es, endlich soziale, ökologische (Klassen-)Politik zu machen. Rechte versprechen der Bevölkerung Stabilität, doch verschleiern die soziale Spaltung, vor allem durch Abgrenzung nach außen. Das kann keine Antwort sein! Unsere Antwort ist ein solidarisches, soziales Europa mit einer vereinten Arbeiter*innenklasse für globale Gerechtigkeit.

Klimagerechtigkeit

Die Klimakatastrophe macht vor Grenzen nicht halt. Denn trotz der Überflutungen, 79 der Dürren und der Waldbrände gibt es keine Regierung weit und breit, die sich 80 den Herausforderungen annehmen will. Die Europäische Union, als eines der 81 kapitalistischen Zentren der Welt, hat maßgeblich zur menschengemachten 82 Klimakrise beigetragen - diese Verantwortung muss sie übernehmen und aktiv 83 handeln, statt nur lose Versprechungen zu machen. Das Argument der gemeinsamen 84 europäischen Lösung wird genutzt, um selbst keine ambitionierte 85 86 Klimaschutzpolitik vorantreiben zu müssen. Die Europäische Kommission gibt sich 87 zwar grün, doch mit Konzerninteressen wird sich dabei nicht angelegt. Das ist 88 für uns nicht akzeptabel! Wir machen uns stark für einen Klimaschutz, der die 89 Profiteure der Zerstörung zur Kasse bittet und das Leben der Menschen 90 verbessert. Als Grüne Jugend fordern wir eine Klimaschutzpolitik, die dem 1,5-91 Grad-Ziel gerecht wird und über marktbasierte Mechanismen hinausgeht.

Leave no one behind!

Das vermeintliche Werteprojekt EU lässt tausende Menschen auf dem Mittelmeer ertrinken. Dabei ist es oft die ausbeuterische Politik der EU selbst, die Menschen erst zur Flucht zwingt. Nicht zuletzt die deutsche Zustimmung zur Verschärfung des europäischen Asylrechts hat gezeigt: jegliche bereits vereinbarten roten Linien der Ampel-Regierung waren schnell vergessen. Sie alle wurden gerissen, um eine gemeinsame europäische Lösung zu finden - und das, obwohl sie für mehr Chaos, mehr Gewalt, mehr Leid sorgen wird. Das Leben von

- Menschen auf der Flucht wurde damit nicht verbessert, sondern verschlimmert.

 Durch Abschottung flieht aber kein Mensch weniger! Für uns steht fest: Wir

 verteidigen das Recht auf Asyl, denn es ist nicht verhandelbar! Gleichzeitig

 nehmen Rassismus und Ablehnung gegen Geflüchtete zu. Das bedroht nicht nur

 Menschen an den Außengrenzen, sondern auch migrantisierten Menschen in der EU,
- die diesem Hass und der Hetze ausgesetzt sind. Das nehmen wir nicht hin! Der
- Schutz von Menschen steht für uns im Mittelpunkt unserer Politik!
- Über diese 3 Stränge hinaus gibt es weitere Themen, die wir in die Kampagne einbinden wollen: ein Beispiel dafür sind die Situationen von Frauen und queeren
- Menschen in Europa, die ständig unter Attacke sind. Das Kampagnenteam wird dazu
- beauftragt, passende Formate dafür zu finden.

Ran ans Werk!

- Diese Kampagne bietet für uns als Verband viele Chancen; Mit einer
- eigenständigen Kampagne, die im gesamten Bundesgebiet für Solidarität in Europa
- und darüber hinaus eintritt, wollen wir unser Profil als eigenständige linke
- Jugendorganisation schärfen. Im Fokus unserer Kampagne stehen nicht
- Wahlergebnisse, sondern die Politisierung und Organisierung junger Menschen
- bundesweit.

111

118

Die Ziele der Kampagne

- Wir wollen diese Kampagne nutzen, als gesamter Verband zentrale Themen nach
- vorne zu stellen und als Verband weiter zu wachsen denn nur, wenn wir viele
- sind, kann eine starke Linke für internationale Solidarität kämpfen! Dabei
- nutzen wir die Kampagne, um unsere eigene kritische Analyse über den Zustand der
- EU und unsere Anforderungen an einen Politikwechsel zu schärfen und bringen
- unsere Themen gemeinsam auf die Straße und in die Öffentlichkeit.
- Die Europawahl bietet durch das Wahlalter 16 und das Wahlrecht für Menschen mit
- europäischem Pass besonderes Mobilisierungspotenzial. Dieses wollen wir nutzen
- um sowohl sehr junge Menschen als auch beispielsweise migrantisierte Personen
- noch stärker als bisher in den Blick zu nehmen.
- Unsere Kampagne ist **dezentral**. Wir zielen darauf ab, an den verschiedensten
- Orten in Deutschland aktiv zu sein und junge Menschen dort abzuholen, wo sie
- wohnen und leben. Im Stadtpark, an der Berufsschule, an der Schule, an der Uni.
- Durch Dezentralität soll der gesamte Verband aktiviert und in seiner
- Kampagnenfähigkeit gestärkt werden ob im ländlichen Raum oder in der
- Millionenmetropole. In dem Jahr der verstärkten Auseinandersetzung mit dem
- 135 Internationalismus, wollen wir unsere Theorie in Praxis umwandeln und unsere
- Analyse auf die Straße bringen.

- Die Gesichter der Kampagne sind die Gesichter der Grünen Jugend: **Die**
- Sprecher*innen auf den jeweiligen Ebenen.
- Für das Europaparlament kandidieren auch junge linke Grüne, die eng mit der
- Grünen Jugend verbunden sind! Sie haben unsere Unterstützung in der Aufstellung.
- Und wir werden gerne mit ihnen für Veranstaltungen und Aktionen
- zusammenarbeiten, genau so wie wir es mit Bündnispartnern aus
- zivilgesellschaftlichen Bewegungen tun.

Auf allen Ebenen aktiv!

- Wir sind als Verband gerade dann besonders stark, wenn wir an einem Strang
- ziehen! Eine gute Aufgabenteilung ist essentiell, um die Kampagne an alle Orte
- zu tragen.

- Die Kampagne findet dezentral und vor Ort statt! Deswegen sind die Kreisverbände
- der zentrale Dreh- und Angelpunkt der Kampagne. Denn sie planen, wo und wann der
- nächste Stand vor Schule und Jugendzentrum Sinn macht. Sie begeistern im
- direkten Gespräch neue junge Menschen und sind der erste Anlaufort für
- Neumitglieder.
- Damit Kreisverbände dieser Aufgabe bestmöglich nachkommen können, erhalten sie
- Unterstützung von ihren **Landesvorständen**. Sie schaffen Räume, in denen wir
- lernen, die Kampagne inhaltlich und methodisch umzusetzen. Besonders wichtig
- dafür werden die Landesmitgliederversammlungen ab Herbst und Landesvorstands-
- Kreisvorstands-Treffen. Die Landesvorstände helfen Kreisverbänden in der Planung
- vor Ort, durch Potenzialanalysen und stetige Hilfestellung.
- Die Inhalte der Kampagne, von Erzählung über Zielgruppenanalysen zu Aktionsidee,
- werden vom Kampagnenteam aufgrund dieser Beschlusslage erarbeitet.
- Der **Bundesvorstand** und das Team unterstützen Landesvorstände in der Umsetzung in
- ihrem Landesverband. Dabei liegt ein besonderes Augenmaß auf die Anpassung an
- den Landesverband und die Zielfindung anhand der jeweiligen Gegebenheiten der
- 164 Region.
- Auch unsere europäische Dachorganisation, FYEG, wird eine eigene Europakampagne
- haben, bei der sie Fokus auf Mobilisierung und Organisierung der eigenen
- Mitglieder, aber vor allem auch unpolitisierter Menschen setzen möchten. Das
- unterstützen wir, mit konkreter Kooperation zwischen der Kampagne von FYEG und
- unserer als Grünen Jugend wird sich das Kampagnenteam noch in diesem Jahr
- beschäftigen.
- Mit dem gerade stattfindenden **Train-the-Trainers** Programm werden gleichzeitig
- auch Multiplikator*innen für die Kampagneninhalte ausgebildet. Eine

- Ausbildungseinheit des Programms wird sich hierbei explizit mit dem Thema Europa
- beschäftigen. So ermöglichen wir, dass auf Veranstaltungen im Herbst und Winter
- wie Landesmitgliederversammlungen und Landesvorstands-Kreisverbands-Treffen der
- ganze Verband für die Kampagne bereit gemacht werden kann.

Der Fahrplan für die nächsten Monate

- Auf diesem Länderrat beschließen wir die Kampagnenschwerpunkte und bestätigen
- das Kampagnenteam. Anhand dieses Beschlusses wird das Team sich an die
- 180 Erarbeitung der Kampagne machen.
- Die Sommerakademie unter dem Motto "Europa? Mit Links!" dient zur vertieften
- Ausbildung von Verantwortungsträger*innen zum Thema Europa. Nur wer etwas selbst
- gut verstanden hat, kann gute Bildungsformate für Bundes- und Landesebene
- organisieren!

177

- Auf dem Bundeskongress können die ersten Zwischenstände der Kampagne, wie die
- Kampagnenerzählung vorgestellt werden. Außerdem werden wir Kampagnenforderungen
- diskutieren und beschließen. Dort wird auch das neue Corporate Design der GRÜNEN
- JUGEND vorgestellt, welches wir in der Europakampagne, aber auch darüber hinaus
- verwenden werden. Wir werden den Herbst und Winter nutzen, um alle gemeinsam das
- neue Corporate Design zu lernen, damit wir es ab kommenden Jahr auf allen Ebenen
- des Verbandes flächendeckend verwenden können. Mit einem gemeinsamen Design ist
- die Grüne Jugend nach außen klar erkennbar!
- Über den gesamten Herbst und den Winter wird das Kampagnenteam die Kampagne
- weiter ausarbeiten und Anfang nächsten Jahres werden wir die Kampagne in aller
- Breite kennenlernen. Auf regionalen Veranstaltungen wie den
- Landesmitgliederversammlungen und den Landesvorstände-Kreisvorstände-Treffen
- lernen wir die Inhalte der Kampagne kennen und schulen uns methodisch. Die
- ausgebildeten Trainer*innen werden mithelfen, die Kampagne an alle Orte zu
- bringen.

206

207

- Nach dem ersten Präsenz-Frühjahrskongress in diesem Jahr zum Thema
- 201 Internationalismus wird auch der nächste Frühjahrskongress zum Thema Europa ein
- Highlight darstellen. Danach starten wir in die heiße Phase. Am 9. Juni wird
- gewählt! Im Anschluss werden wir uns viel damit beschäftigen, die neuen
- Mitglieder einzubinden und kurz durchzuatmen, um voller Energie in die Ost-
- Landtagswahlen im Herbst zu starten!

Superwahljahr

Gleichzeitig zur Europawahl werden in vielen Bundesländern Kommunalwahlen

E1 Europa, aber Links!

- stattfinden: Baden-Württemberg, Brandenburg, Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern,
- Rheinland-Pfalz, Saarland, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen. Dazu kommen
- Landtagswahlen im Herbst in Brandenburg, Sachsen und Thüringen. Das
- Kampagnenteam wird beauftragt, mit den betroffenen Landesverbänden in einen
- frühen Austausch zu kommen, um Potenziale durch die Verschränkungen der Kampagne
- zu nutzen und auch bei einer realistischen Kapazitätenplanung zu unterstützen.
- Angesichts des Rechtsrucks kommen den Kommunal- und Landtagswahlen in den Ost-
- Bundesländern eine besondere Rolle zu. Wir wollen die Kampagne nutzen, um unsere
- Ost-Landesverbände zu stärken, damit wir gemeinsam für eine echte Veränderung
- einstehen können! Unser Ziel ein linker Machtaufbau: in Barnim, in Bautzen und
- in Balingen. In Hamburg, in Heiligenstadt und in Hagenow. In Mainz, in Marpingen
- und in Magdeburg. Wir kämpfen für ein besseres Leben überall.
- Und ein solidarisches, klimagerechtes und soziales Europa?
- Das erreichen wir nur mit Links.

Begründung

erfolgt mündlich

F-1 Tagesordnung

Gremium: Bundesvorstand

Beschlussdatum: 15.05.2023

Tagesordnungspunkt: T Tagesordnung und Formalia

Antragstext

- 1 TOP 1 Formalia
- TOP 2 Aktuelle politische Lage
- TOP 3 Europawahl: Anträge & Einsetzung Arbeitsbereich Europawahlkampagne
- TOP 4: Debattenorte
- 5 TOP 5: Finanzen
- TOP 6: Fachforen: Mandatsvergabe & Rechenschaftsberichte
- 7 TOP 7: Verschiedenes

F1 Nachtragshaushalt 2023

Gremium: Bundesvorstand GRÜNE JUGEND

Beschlussdatum: 29.05.2023 Tagesordnungspunkt: F Finanzen

Antragstext

Den Nachtragshaushalt findet ihr unter folgendem Link als PDF:

https://wolke.netzbegruenung.de/f/291374100

Begründung

Erfolgt mündlich.

V-1 Inklusion ist Menschenrecht!

Gremium: Länderrat Beschlussdatum: 02.07.2023

Tagesordnungspunkt: V Verschiedenes

Antragstext

1

Kurzfassung des Antrags, der vollständige Antragstext ist unten zu lesen:

- Obwohl Inklusion ein Menschenrecht ist, werden Menschen mit Behinderungen in
- Deutschland in fast allen Lebensbereichen benachteiligt.
- Auf dem Arbeitsmarkt bekommen Menschen mit Behinderung in den bestehenden
- 6 kapitalistischen Zwängen oft nur einen geringen Lohn, weit unter dem
- 7 gesetzlichen Mindestlohn. Sie werden im sogenannten zweiten Arbeitsmarkt
- gehalten und ihr Zugang zum selbstbestimmten Leben wird beschränkt. **Daher**
- 9 fordert die GRÜNE JUGEND die bedingungslose Integration von Menschen mit
- Behinderung in den regulären Arbeitsmarkt und langfristig die Abschaffung des
- zweiten Arbeitsmarktes. Der Mindestlohn reicht gerade Mal so zum Leben über dem
- Existenzminimum und muss allen Menschen gezahlt werden!
- Auch die medizinische Versorgung ist in Deutschland alles andere als
- barrierefrei. Menschen mit Behinderung sehen sich in medizinischen und
- psychologischen Behandlungen mit ableistischen Denkweisen konfrontiert.
- Arztpraxen sind häufig nicht barrierefrei und für Menschen mit Behinderung nicht
- selbstbestimmt und ohne fremde Hilfe erreichbar. Darüber hinaus sind Menschen
- mit Behinderung finanziell benachteiligt, weil sie Teile ihrer Behandlung oft
- selbst finanzieren müssen. Wir fordern eine barrierearme, bedarfsgerechte,
- menschenwürdige medizinische und psychologische Versorgung und Betreuung für
- Menschen mit Behinderung, ohne eigene Kostenbeteiligung. Darunter fallen auch
- 22 die benötigten Unterstützungen, wie bspw. Dolmetschleistungen.
- Der Besitz eines Schwerbehinderten Ausweises ist notwendig um bestimmte
- Leistungen und Ausgleiche, bspw. bei der Wohnungs- oder Arbeitssuche zu
- erhalten. Die Beantragung eines Schwerbehindertenausweises ist aktuell jedoch
- oft demütigend, sehr kompliziert und zeitintensiv. Die Ausstellung eines
- Schwerbehindertenausweises darf nicht willkürlich geschehen. Es braucht einfache

- und unbürokratische Prozesse, die es Menschen ermöglicht ihre Rechte
- wahrzunehmen. Bei Beantragung soll der Schwerbehindertenausweis in Zukunft ohne
- 30 lange Prüfungszeiten ausgestellt werden.
- Für die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ist die Barrierefreiheit von
- 32 öffentlichen Räumen unerlässlich. Die GRÜNE JUGEND fordert daher die
- barrierearme Gestaltung des gesamten öffentlichen Raums und der öffentlichen
- Infrastruktur. Barrierefreie Wahlen und Wahllokale sind essentiell, um das Recht
- auf politische Partizipation für Menschen zu garantieren. Zu einem
- selbstbestimmten Leben gehört außerdem die Mobilitätsfreiheit. Daher fordert die
- GRÜNE JUGENDE außerdem einen barrierefreien öffentlichen Personen Nah- und
- 38 Fernverkehr in Deutschland.
- Auch Bildung wird in Deutschland noch nicht inklusiv gedacht. Die notwendige
- Unterstützung, Betreuung und die intensiv-pädagogischen Maßnahmen für Kinder mit
- Behinderungen werden oft nur an Sonderschulen oder Förderzentren angeboten.
- Gemeinschaftliches Lernen geht anders. Deshalb fordert die GRÜNE JUGEND, dass
- alle Schulen mit den notwendigen Mitteln und Personal ausgestattet werden, um
- Schüler*innen mit Behinderungen in den regulären Unterricht zu integrieren.
- Verlage müssen alle Lehrmaterialien auch in maschinenlesbar und in Braille
- 46 bereitstellen.
- 47 Darüber hinaus müssen alle Schüler*innen über das Thema Ableismus und dessen
- 48 Ursprung sensibilisiert werden. Das Thema "Behinderung" sollte im Bildungsalltag
- selbstverständlich sein und ist bspw. beim gesundheitlichem
- 50 Aufklärungsunterricht oder durch das zum Lernen von Gebärdensprache in den
- alltäglichen Schulbetrieb einzubinden.
- Anti-Ableismus-Arbeit darf dabei natürlich nicht nur auf den Schulunterricht
- 53 beschränkt sein. Um Aggressionen sowie verbale und physische Gewalt gegen
- 54 Menschen mit Behinderung entgegenzuwirken fordert die GRÜNE JUGEND einen Anti-
- 55 Ableismus Plan für Deutschland, die konsequente Verfolgung ableistischer
- 56 Straftaten, sowie die Transparenz darüber durch die Erhebung von belastbaren
- Daten und Zahlen in den Polizeistatistiken.
- Integration ist eine Querschnittsaufgabe, die in allen Bereichen und von der
- 59 ganzen Gesellschaft mitgedacht werden muss! Menschen mit Behinderung darf durch
- ihre Beeinträchtigung kein Nachteil im gesellschaftlichen Leben entstehen.
- 61 Benötigte finanzielle und personelle Mittel müssen in allen Bereichen zur
- Verfügung gestellt werden. Lasst uns gemeinsam Ableismus und Ausgrenzung
- 63 bekämpfen und Barrieren niederreißen!

64

Vollständiger Antragstext:

Arbeit und Wirtschaft

- Während sich die Bundesregierung selber auf die Schulter klopft (/rw), weil der
- Mindestlohn auf 12 € gestiegen ist, gilt diese Freude nicht für alle
- 69 Beschäftigten. Dabei ist dieser Mindestlohn keine Inflationsanpassung und einige
- Menschen wie z.B. Leiharbeitende und viele Menschen mit Behinderung (1) erhalten
- 71 nicht mal diesen.

66

- Obwohl die Bundesregierung schon lange die UN-Behindertenrechtskonvention
- übernehmen will, existiert der sogenannte 2. Arbeitsmarkt (2) immer noch. Dabei
- ist dieser bereits als Verstoß bekannt, denn er hält Menschen mit Behinderung in
- 75 einem fremdbestimmten Leben. Der 2. Arbeitsmarkt steht unter den
- kapitalistischen, wirtschaftlichen Zwängen. Das bedeutet, dass eine Werkstatt in
- einen Vertrag einer Firma eine gewisse Liefermenge zusagt. Durch diese
- wirtschaftlichen Zwänge gibt es einen Anreiz Menschen mit Behinderung, die als
- besonders leistungsfähig (im kapitalistischen Sinne) für die Werkstatt
- betrachtet werden, auf dem 2. Arbeitsmarkt zu halten. Schließlich können sonst
- die Verträge nicht erfüllt werden. Sollten es Menschen mit Behinderung trotz
- dieser Hürden auf den 1. Arbeitsmarkt schaffen, verlieren sie viele
- Fördergelder, wie z.B. Versicherungen, die sie auf dem 2. Arbeitsmarkt hatten.
- Das schafft noch mehr Anreize für den 2. Arbeitsmarkt. Zusätzlich verstärkt es
- Armut von Menschen mit Behinderung. Das System der Werkstätten halten wir als
- GRÜNE JUGEND für grundlegend falsch. Für uns ist klar: Wir wollen eine inklusive
- und menschengerechte Wirtschaft!
- Die Menschen mit Behinderung, die es auf den 1. Arbeitsmarkt geschafft haben,
- kämpfen auch dort mit fehlender Barrierefreiheit und Ableismus. Sie haben oft
- das Gefühl, wenn sie auf dem 1. Arbeitsmarkt "scheitern", dann "scheitern" mit
- ihnen alle Behinderten Menschen. Diese Spirale können wir nur aufbrechen (/rw),
- 92 wenn Behinderte Personen selbstverständlich Teil von sämtlichen Bereichen des 1.
- 93 Arbeitsmarkts sind. Dafür muss Unternehmen verboten werden, sich von der
- 94 Mindestquote an schwerbehinderten Menschen "freikaufen" zu können. Alle
- 95 Unternehmen müssen konsequent Behindert Menschen einstellen.

Daher fordern wir:

96

97

98

99

100

101

- Der 2. Arbeitsmarkt soll zunächst verkleinert und perspektivisch abgeschafft werden. Als Übergang fordern wir:
 - Arbeitnehmer*innenstatus für Arbeiter*innen in Werkstätten, um Arbeitsrechte und Mindestlohn zu garantieren
 - Statt Centlöhne, sagen wir: gerechter und tarifgebundener Mindestlohn für alle!

 Institutionen und Ämter sollen mehr Menschen mit Behinderung einstellen und diesen einen gerechten Lohn zahlen

103

104

105

106 107

108

109

110

111

112

113

114

115

116

117

118

119

120

121

122

123

124

125

126

127

128

129

130 131

132

133

- als Übergang soll die Ausgleichsabgabe für Betriebe, die keine oder zu wenig Menschen mit einer Schwerbehinderung eingestellt haben, deutlich erhöht werden, besonders für Betriebe mit über 60 Angestellten. Das eingenommene Geld soll in die Förderung von Menschen mit Behinderung gesteckt werden. Außerdem ist es notwendig, dass "Freikaufen" vom Einstellen schwerbehinderter Menschen auf Dauer abgeschafft wird.
- Bessere Vermittlung für Menschen mit Behinderung zum 1. Arbeitsmarkt
- In Werkstätten Fachkräfte anstellen, die den Übergang von Werkstattbeschäftigten auf den allgemeinen Arbeitsmarkt unter anderem durch Betriebspraktika, Qualifizierungsmaßnahmen sowie eine individuelle Vermittlung und arbeitsbegleitende Betreuung unterstützen
- Das Betriebliche Eingliederungsmanagement (BEM) stärken und einen individuellen Rechtsanspruch für Beschäftigte auf die Durchführung des BEM
- In Arbeitsbereichen in denen Arbeitnehmer*innen besonders monotone oder stressige Arbeitsbedingungen/Arbeitsplätze antreffen, müssen Arbeitgeber*innen ihren Arbeitnehmer*innen Konzepte zum Stressabbau und zur Förderung der eigenen psychischen Gesundheit anbieten
 - Die Inanspruchnahme ärztlicher und therapeutischer Hilfe bei psychischen Erkrankungen oder chronischen Erkrankungen sollte kein Ausschlusskriterium mehr für eine Verbeamtung darstellen, sofern die psychische oder chronische Erkrankung den weiteren Berufsweg nicht massiv einschränkt. Die Anwärter*innen für eine Beamt*innenlaufbahn sollen damit unterstützt werden, sich frühzeitig psychologische Hilfe zu suchen, anstatt eine mögliche Erkrankung aus Angst vor einer Ablehnung der Verbeamtung zu verschleppen.
- Barrierefreiheitsgesetze umsetzen und ausweiten nicht erst auf 2025 warten

- Ableismus beruht wesentlich auf kapitalistischen Einteilungen von menschlicher
- Leistungsfähigkeit und der Bewertung von hoher Leistungsfähigkeit als gut und
- von niedriger Leistungsfähigkeit als schlecht. Personen, die als
- leistungsfähiger angesehen werden, gelten mal offener, mal unterschwelliger –
- als wertvoller für die Gesellschaft. Für uns heißt das ganz klar: Anti-Ableismus
- muss anti-kapitalistisch und Anti-Kapitalismus anti-ableistisch sein!

Gerechte Versorgung

141

- Jedoch gibt es nicht nur strukturelle Diskriminierung in der Arbeit von Menschen
- mit Behinderung, sondern auch in ihrer Gesundheitsversorgung. Dabei herrscht zum
- Beispiel eine unfassbare Willkür in der Beantragung von
- Schwerbehindertenausweisen. Der Prozess ist oft demütigend und sehr mühsam, da
- sich je nach Wohnort und Behinderung der Zugang zu Schwerbehindertenausweisen
- unterscheidet. Dabei stellen Schwerbehindertenausweise einen notwendigen
- Ausgleich, beispielsweise bei der Arbeits- oder Wohnungssuche, dar.
- Ein erleichterter Zugang zu Schwerbehindertenausweisen heißt für uns:
- Längere Befristungen und in der Regel unbefristete Ausweise ausstellen.
- Weg von der Dominanz medizinischer Diagnosen verschiedene Faktoren und auch die Personen einbeziehen.
- Denn der Prozess in seiner aktuellen Form kostet Menschen mit Behinderung
- unfassbar viel Energie, Zeit und Geld, das viele von ihnen schlichtweg nicht
- haben. Ein erleichterter Zugang zu Schwerbehindertenausweisen, heißt auch ein
- selbstbestimmteres Leben. Dabei ist der Ableismus des medizinischen Personals
- eine weitere Hürde. Das Thema Behinderung muss endlich systematisch in die Aus-,
- Fort- und Weiterbildung aller Gesundheitsberufe integriert werden.
- Zur Gesundheitsversorgung gehört auch die mentale Gesundheit. Jedoch sehen wir
- hier große Lücken in unserer Infrastruktur (/rw). Statt eine schnelle
- Behandlungsmöglichkeit bei psychischen Erkrankungen, erwarten Patient*innen
- lange Wartezeiten, nicht barrierefreie Praxen, Ableismus in der Therapie und ein
- wenig vielfältiges Angebot. Das muss sich schnell ändern, da sich die psychische
- Notlage in Deutschland zunehmend verschlimmert. Zu Menschen mit Behinderung
- gehören auch viele Menschen mit psychischen Störungen oder Neurodivergenz. Auch
- ihre Versorgungslage muss sich verbessern. Die Diagnostik und Behandlung muss
- dabei stark ausgebaut werden.

168

Menschen mit Behinderung sind stärker von Armut betroffen. Indem Menschen mit

Behinderung durch Zuzahlungen und Eigenleistungen nochmal mehr benachteiligt werden, wird das Armutsrisiko verstärkt. Das betrifft Medikamente ebenso wie erforderliche Untersuchungs- und Behandlungsmethoden sowie Heil- und Hilfsmittel. Wer nicht aus eigener Tasche zahlen kann, bei dem fällt all dies weg.

Wir fordern:

174

175

176

177

178 179

180

186

189

190

191

192

- Alle erforderlichen medizinischen und unterstützenden Leistungen müssen ohne eigene Kostenbeteiligung zur Verfügung gestellt werden
 - Darunter fallen z.B. Medikamente, aber z.B. auch die Kostenübernahme für Dolmetschleistungen für gehörlose Betreute mit nicht gebärdensprachkompetenten, hörenden gesetzlichen Betreuer*innen
- Freie Ärzt*innenwahl ermöglichen z.B. durch barriereärmere Praxen
- Bessere Versorgung durch die gesetzlichen Betreuer*innen, z.B. die
 Bevorzugung gebärdensprachkompetenter Betreuer*innen bei der
 Bereitstellung eines gesetzlichen Betreuers für gehörlose Betreute
- klare Kriterien und unbürokratische, einfache Prozessse beim Beantragen von Schwerbehindertenausweisen, um Willkür zu verhindern
 - Ein bundesweiter Endometrioseplan
- Kürzere Wartezeiten für Therapieplätze wir haben genug Therapeut*innen, lasst uns die politisch geschaffene Verknappung beenden
 - Ein vielfältiges Angebot der Therapieplätze, auch in verschiedenen Sprachen
 - Angebote wie Psychotherapie und/oder psychiatrische Behandlung weiter ausbauen und Diagnostik und Behandlung von neurodivergenten Personen stärken

Barrierefreiheit - gerechte Infrastruktur

- Barrierefreiheit ist eine wesentliche Voraussetzung, damit alle Menschen gleichberechtigt am Leben teilhaben können. Doch im Alltag stoßen Menschen mit Behinderungen auf viele Barrieren: beim Bahnfahren, am Geldautomaten, im Internet, im Sportverein, beim Einkaufen, beim Ärzt*inbesuch und vieles mehr. Auch bei Inklusion gilt, dass wir, statt gerechter Infrastruktur, marode und nicht barrierefreie Systeme vorfinden. Dabei gehört der öffentliche Raum allen
- Menschen und muss daher barriereärmer werden.

Deswegen fordern wir:

194

202

203

204

205

206

207208

209

210

211

212

213

214

215

216

217

218

219

220

221

222

- Einen barriereärmeren öffentlichen Nah- und Fernverkehr
 - Reiseinformationen in Gebärdensprache und/oder Schriftsprache an Informationsschaltern im Rahmen des Zwei-Sinne- Prinzips (3)
 - Barriereärmere Transportmittel und Haltestellen
 - Angemessener Ausbau vorhandener Gehwege, um den Bedürfnissen mobil eingeschränkter Personen zu entsprechen, auch dann, wenn dafür eine Fahrspur weichen müsste. Inklusive Planung zukünftiger Gehwege und Priorisierung über Autostraßen
- Wahlen barriereärmer machen: Wahl vor Ort inklusiver gestalten z.B. barrierefreie Wahllokale
 - Einen barrierefreieren gesellschaftlich-öffentlichen Raum
 - Verpflichtung zur Barrierefreiheit in der Privatwirtschaft statt Freiwilligkeit.
 - Öffentliche Gebäude und Gebäude zur Sicherstellung des persönlichen Bedarfs müssen vorrangig umgebaut werden.
 - Auch den digitalen öffentlichen Raum fördern:
 - Die Verpflichtung der öffentlich-rechtlichen und privaten Fernsehsender zum Ausbau der barrierefreien Medienangebote (Gebärdensprache, Untertitel, Audiodeskription) in den Medienstaatsvertrag aufzunehmen
 - 100% Untertitel bei öffentlich-rechtlichen Sendern

224	ermöglichen, Gebärdensprache wird aber generell priorisiert.
225	Ermöglicht auch eine bessere und leichtere inklusive Umsetzung
226	von Liveformaten im Fernsehen.
227	 Kindersendungen in Gebärdensprache zugänglich zu machen
228	Barrierearme Notruf- und Katastrophenwarnsysteme
220	Den Finants van Liebtklingele. Vibentienselen in Effectlieben
229	 Den Einsatz von Lichtklingeln, Vibrationsalarm in öffentlichen Gebäuden als Standard
231	 Einführung eines einheitlichen Notrufs für Menschen mit
232	Hörbehinderungen (mit Vorrangschaltung wie bei einem normalen, unter
233	110 oder 112 abgesetzten Notruf)
234	 Verabschiedung einer Strategie für die inklusive Katastrophenabwehr
235	und die humanitäre Hilfe
236	. Parriereärmere Draven und Behandlungsstellen fördern
230	 Barriereärmere Praxen und Behandlungsstellen fördern
237	 So verfügen lediglich 21 % der Praxen über einen für
238	Rollstuhlfahrende barrierefreien Zugang und von diesen nur jede
239	zehnte über zugängliche Sanitäranlagen. Diese Daten wurden nicht
240	vollständig bundesweit erhoben wurden und stammen aus der
241	Selbstauskunft der Praxen: Barrierefreiheit muss
242	Zulassungsvoraussetzung werden!
243	 Einheitliches Barrierefreiheitssiegel, das von behinderten Menschen
244	gestaltet wird
245	• Die Angebote für Kinder- und Jugenderholung inklusiver ausgestalten
246	• Ausbau von bezahlbarem, barrierefreiem Wohnen und Wohnungsbau
247	 Sozialbau muss 100% barrierefrei werden!
248	 Mittel des Bundes zweckgebunden für den barrierefreien und -
249	reduzierenden Um- und Neubau sowie neue Sozialbindungen verwenden
250	 Vertreter*innen von Menschen mit Behinderungen rechtzeitig

beteiligen

251

256

257

258

259

260

261

262

263

264

265

266

267

268

269

270

271

272

273

274

275

- Barrierefreie Verwaltung: Barrierefreiheit als Maßgabe für Fördermittel und Aufträge
- Um die Bedienung von Hilfsmitteln zu erleichtern sollen alle Dokumente in der Verwaltung maschinenlesbar werden
 - Für Gesetze soll eine Version in einfacher Sprache erstellt werden. Die fertigen Texte sollen im Internet abrufbar sein. Wo immer Gesetze veröffentlicht werden, soll die Version in leichter Sprache zum Vergleich beigefügt sein, wenn dies zweckmäßig ist. Mindestens soll über den Zugang zu dieser Version ausreichend, auffällig und niedrigschwellig informiert werden. Generell gilt:
 - Dies soll ohne inhaltlichen Verlust geschehen.
 - Der Aufwand muss innerhalb eines vertretbaren Rahmens liegen.
 Bereiche, die besonders viele Menschen, besonders oft oder besonders stark in ihren Grundbedürfnissen oder -rechten betreffen sollen priorisiert werden. Dies gilt umso mehr, je umstrittener ein Gesetz o.Ä. ist.

Häufig fehlen auch verlässliche Informationen über Barrierefreiheit oder das Wort barrierefrei wird mit "barrierefrei für Rollstuhlfahrende" gleichgesetzt. Das macht es schwierig für Menschen mit Behinderung ihr Leben zu planen und am öffentlichen Leben teilzuhaben.

Deswegen fordern wir:

- Ämter und öffentliche Einrichtungen sollen online Beschwerdestellen zu fehlender Barrierefreiheit einrichten
- Verlässliche Informationen zu den Stellen vor Ort anzubieten
- Verlässliche und zugängliche Informationen zu Barrierefreiheit z.B. bei Behörden, Kulturstätten, usw.

Bildung

278

294

295

296

297

298

299

300

301 302

303

304

305 306

307 308

309

310

311

Wir brauchen eine gerechte, hochwertige und inklusive Bildung als Ziel auf allen 279 Ebenen! Dafür muss der Ressourcenvorbehalt aus dem Schulgesetz gestrichen 280 281 werden. Der Ressourcenvorbehalt ermöglicht es aktuell den Schulen, Kindern aus 282 Mangel an Betreuungspersonal oder anderen Ressourcen abzulehnen. Wir dürfen Schule nicht alleine lassen. Wir wollen gemeinschaftliches Lernen ermöglichen 283 284 und erleichtern. Dafür muss es zumindest fürs Erste auch genügend 285 Sonderpädagog*innen an inklusiven Schulen geben. Außerdem müssen Gelder bereitgestellt werden, damit Klassenzimmer inklusiv umgebaut werden können. Erst 286 287 durch die Förderung von ausreichen Personal und Infrastruktur ist inklusive 288 Bildung möglich. Gemeinschaftliches Lernen soll oberstes Ziel sein. Häufig 289 entscheiden heute Eltern und das Lehrpersonal, ob ein Kind geeignet ist für 290 gemeinschaftliches Lernen. Dabei wird das Kind oft vor vollendete Tatsachen 291 gestellt, denn nach der Förderschule fehlt oft die Anbindung an einen 292 Ausbildungsplatz. Eine Ausbildungsgarantie muss auch für Menschen mit 293 Behinderung gelten.

Zu einer gerechten Bildung gehört eine anti-diskriminierende Bildung.

- Lehrende und Lernende, also z.B. Lehrer*innen und Schüler*innen sollen dabei für Ableismus sensibilisiert werden. Dabei ist es wichtig den Ursprung ableistischen Denkens und die Gefahren von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit zu verstehen.
 - Aufklärung über Ableismus in der NS-Zeit mit der Aktion T4
 - Um das gesellschaftliche Bewusstsein bzgl. psychischer Störungen verstärken, wollen wir Aufklärkampagnen in Schulen, Ausbildung und Studium integrieren
- Das Thema "Behinderung" sollte im Bildungsalltag selbstverständlich sein. Hierzu gehören unter anderem die Berücksichtigung in Schulbüchern, Angebote zum Erlernen der Deutschen Gebärdensprache und die Einbeziehung von Behindertenverbänden in Bildungsangebote vor Ort
- Barrierefreiheit und deren Umsetzung ist in die Ausbildungs- und Studienpläne, Prüfungsordnungen, Weiterbildungsprogramme und Schulungsmodule aller Berufssparten als Lehrinhalt verpflichtend aufzunehmen
- Verpflichtung von Schulbuchverlagen, Schulbücher maschinenlesbar und in

Braille bereitzustellen

312

321

322

323 324

325 326

327

328

329

330

331

332

333 334

335

336

337

338 339

340

- Engere psychologische Begleitung von Lehrkräften und allgemein mehr psychologische Unterstützung in Schulen als präventive Maßnahme, um eine Doppelbelastung von Lehrkräften, bei zusätzlicher Unterstützung von Schüler*innen mit Behinderung, vorzubeugen.
- Einbindung von grundlegender sonderpädagogischer Didaktik in die Ausbildung von Lehrkräften und Vermittlung inklusiver Kompetenzen
- Lehrer*innen mit Behinderung müssen wir Nachteilsausgleiche gewährleisten und ihre Teilhaberechte sicherstellen
 - Gemeinschaftliches Lernen ermöglichen:
 - Mehr Sonderpädagog*innen an Regelschulen
 - Oft kommt es zu Wechseln in ein externes Förderzentrum z.B. für intensiv-pädagogischen Maßnahmen. Wir wollen stattdessen die personelle und strukturelle Unterstützung von intensiv-pädagogischen Maßnahmen an Regelschulen sowie die Ermöglichung der Einbindung von multi-professionellen Teams in diese Maßnahmen
 - Die zeitnahe Bereitstellung von technischen Hilfsmitteln, um die Beschulung von Schüler*innen mit einer Hörbehinderung zu erleichtern, und die Anpassung von räumlichen Gegebenheiten zur Optimierung der Raumakustik
 - Aufstellung eines gemeinsamen Planungsrahmens "Inklusive Bildung" für
 Bund, Länder und Kommunen, indem materielle, räumliche, personelle und finanzielle Mittel bereitgestellt werden
 - Übergang von Schule in den Beruf für Menschen mit Behinderung fördern
 - Bereitstellung von zusätzlichen personellen und finanziellen Ressourcen für inklusive Beratungsstellen und Jugendberufsagenturen, damit subjektzentrierte berufsvorbereitende Beratungen und

342	Individualmaßnahmen
343	ermöglicht werden. Aufgabe dieser Beratungsstellen soll es sein,
344	mittels
345	Persönlicher Zukunftsplanung, arbeitsweltbezogener Qualifizierung im
346	Rahmen von Schulungstagen, Akquise und Begleitung individuell
347	geplanter
348	Praktika, Unterstützung der Betriebe bei der Identifizierung der
349	Tätigkeitsbereiche, Job-Coaching und der Strukturierung von
350	Arbeitsabläufen im Praktikum, Schulungen und Unterstützung der
351	betrieblichen Anleiter*innen, Arbeit mit den Eltern und intensiver
352	Berufsorientierung für Schüler*innen mit Behinderung neue
353	Perspektiven für
354	den Übergang zwischen Schule und Beruf für alle Schüler*innen zu
355	ermöglichen.
356	 Öffentlich geförderte Ausbildungs- und Praktikumsstellen, damit
357	Maßnahmen
358	wie die Berufsausbildung in außerbetrieblichen Einrichtungen möglich
359	werden. Dazu sollte besonders der öffentliche Dienst herangezogen
360	werden.
361	 Hervorheben von Best-Practice-Beispielen und Vernetzung und Beratung
362	für
363	interessierte Betriebe
364	 Keine Überprüfung durch die Agentur für Arbeit, in welchem Maße eine
365	Erwerbsfähigkeit vorliegt.

Ableismus bekämpfen - eine wehrhafte Demokratie schaffen

366

Das Leben von Menschen mit Behinderung ist geprägt durch alltägliche 367 368 Diskriminierungserfahrungen. Dabei erleben FINTA* Personen mit Behinderung überdurchschnittlich oft im Gegensatz zu FINTA* Personen ohne Behinderung 369 370 sexualisierte Gewalt. Jede dritte bis vierte Frau mit Behinderung (4) hat in ihrer Kindheit und Jugend sexualisierte Gewalt erfahren. Das ist zwei- bis 371 dreimal häufiger als bei Frauen ohne Behinderung. Daten über trans* und nicht-372 binäre Personen gibt es kaum. Klar ist aber auch, die Einrichtungen und 373 aktuellen Strukturen fördern diese Übergriffe eher, als das sie sie verhindern. 374 Was wir jetzt brauchen, ist gute Prävention durch: 375

Präventionskonzepte für Betreuungspersonen und Mitarbeiter*innen der sogenannten
Behindertenhilfe, Lehrer*innen, Fachberater*innen oder auch Eltern von Kindern
mit Behinderung.

- Aber nicht nur müssen wir handeln, bevor es zu einer Gewalttat kommt. Ein guter
- Rechtsschutz und eine gleichberechtigte juristische Behandlung muss her.
- Vorbehalte, mangelnde Sensibilisierung und Sachkenntnis der an der
- 382 Strafverfolgung beteiligten Akteur*innen sowie fehlende bedarfsgerechte und
- barrierefreie Angebote beschränken Zugänge zu Justiz oder zu therapeutischen
- 384 Behandlungen.

385

392

393

394

395

396

397

398

Wir fordern:

- Eine systematische Überarbeitung der Verfahrensregeln im Hinblick auf
 Barrieren in der Gerichtsbarkeit, angefangen von baulichen Hürden bis hin
 zu schwerer Sprache
- systematische Verankerung von Fortbildungsmaßnahmen für Akteur*innen des
 Justizwesens, von Polizei über Staatsanwaltschaft bis hin zur
 Richterschaft
 - eine Bund-Länder-Finanzierung zur Schaffung von barrierefreien Schutzräumen
 - Barrierefreiheit in bestehender Frauenhäuser und Frauenfachberatungsstellen
 - Schutzräume für queere Menschen, BiPoCs und geflüchtete Menschen barrierefrei ausbauen
 - Gebärdensprache als Minderheitensprache anerkennen
- Leichte Sprache stärken
- Weiterhin ist in jeglicher Hinsicht auf diskriminierungsfreie Sprache in Ämtern und Unternehmen zu achten
- Das selbstbestimmte Leben von Menschen mit Behinderung, die schwanger werden
- können, muss auch sichergestellt werden. Oft sind sie sterilisiert und das
- deutlich öfter als Menschen ohne Behinderung, die schwanger werden können. Auch
- Menschen mit Behinderung, die schwanger werden können, müssen neutral über
- verschiedene Verhütungsmittel aufgeklärt werden!

Was wir nicht vergessen dürfen: Ein beachtlicher Anteil von Gewalt geht von 407 staatlichen Institutionen aus. Viele der rassistischen Polizeimorde richten sich 408 gegen psychisch kranke Personen. Durch die ständige Separierung vom Rest der 409 Gesellschaft sind Behinderte Menschen in Förderschulen, Werkstätten und 410 Wohnheimen Gewalt und Machtmissbrauch oft jahrelang schutzlos und hilflos 411 ausgesetzt. Im Para-Sport erleben im Vergleich noch mal wesentlich mehr 412 413 Sportler*innen sexualisierte Gewalt – jahrelang wurde weggeschaut, jetzt fängt 414 die Aufarbeitung gerade erst an.

Wir fordern:

415

416

417

418

419

420

421

422

423

424

425

426

427

428

429

- Anti-Ableismus-Plan:
 - Ableistische Gewalt als solche verfolgen und diese auch in Polizeistatistiken widerspiegeln
 - Klares Vorgehen gegen ableistische Gewalt, auch in den staatlichen Institutionen
 - auch hier sind unsere Kämpfe intersektional- Verschränkungen von Ableismus mit anderen Diskriminierungen aufzeigen und gemeinsam bekämpfen
- Geflüchtete Menschen mit Behinderung unterstützen:
 - Therapieangebote in mehreren Sprachen anbieten
 - § 100 Absatz des Sozialgesetzbuches 9 aufheben. Nach dieser Vorschrift haben Menschen, die leistungsberechtigt nach dem Asylbewerberleistungsgesetz sind, keinen Anspruch auf Leistungen der Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderung
 - Barrierearme Fluchtwege fördern
- Inklusion ist ein Querschnittsthema die Perspektive und Situation von Menschen mit Behinderung muss in allen Politikbereichen und bei jeder Maßnahme mitgedacht werden!
- So häufig betonen wir, wie wichtig es ist, Menschen mit Behinderung zu fördern.
- Dabei sollte unser Fokus aber nicht nur auf den wirtschaftlichen Nutzen eines
- Lebens gelten. Diesen kapitalistischen Leistungsgedanken lehnen wir ab.
- Stattdessen muss es bei Inklusion um ein selbstbestimmtes, würdevolles und
- gleichberechtigtes Leben gehen. Das Leben von Menschen mit Behinderung muss auch

- in der Mitte der Gesellschaft stattfinden. Jedoch werden Menschen mit
- Behinderungen oft in Sondereinrichtungen betreut: Sie wohnen oft in Wohnheimen
- für Menschen mit Behinderungen. Sie arbeiten häufig in Werkstätten. Kinder mit
- Behinderungen gehen oft in Sonderschulen. Dabei werden so viele Menschen mit
- Behinderungen ausgeschlossen und an den Rand der Gesellschaft gedrängt (/rw).
- Nicht nur metaphorisch, sondern auch baulich. Viele der eben benannten
- 445 Einrichtungen findet man an Stadträndern und Außenbezirken. Viele nicht-
- behinderte Menschen kennen keine Menschen mit Behinderung und wissen auch nichts
- über sie. So stellen wir uns eine inklusive Gesellschaft nicht vor! Diese
- 448 Abgrenzung verschärft nur Ableismus.
- 449 Außerdem gilt immer: Nichts über uns, ohne uns. Wir brauchen dafür mehr Menschen
- mit Behinderung in entscheidenden Führungspositionen und eine Vertretung, die
- nicht nur berät, sondern der auch ernsthaft zugehört wird und mit Entscheidungen
- 452 trifft.
- 453 Wir wollen Ableismus bekämpfen und das intersektional. Dafür setzen wir uns als
- GRÜNE JUGEND ein: bundesweit, aber auch international. Wir werden solange
- kämpfen bis Inklusion als Menschenrecht komplett umgesetzt ist!

Verweise

- 1. Mit Menschen mit Behinderung sind im gesamten Antrag gemeint: Behinderte,
 Taube, chronisch und/oder psychisch kranke, sowie neurodivergente Personen
- 2. Der 2. Arbeitsmarkt werden Arbeitsverhältnisse bezeichnet, die durch aktive Arbeitsmarktpolitik entstehen und hat das Ziel, Arbeitslosigkeit zu verringern. Darunter fallen auch Werkstätten für Menschen mit Behinderung
- 462 3. Zwei Sinne Prinzip ist ein wichtiges Prinzip für barrierefreie Gestaltung 463 von Gebäuden und Informationssystemen. Nach diesem Prinzip müssen zwei der 464 drei Sinne "Hören, Sehen und Tasten" angesprochen werden.
- 4. Die Statistiken gehen von den binären Geschlechtskategorien Mann und Frau
 aus. Dabei ist dies besonders prekär, weil besonders neurodivergente
 Personen öfter genderqueer sind als neurotypische Personen.

V-2 Kein Ausbau fossiler Infrastruktur!

Gremium: Länderrat Beschlussdatum: 02.07.2023

Tagesordnungspunkt: V Verschiedenes

Antragstext

- In den letzten Jahrzehnten ist die Energieversorgung in Deutschland maßgeblich
- auf Energieimporte aus Russland in Form von Erdgas aufgebaut worden. Das hat
- sich durch den brutalen Überfall Russlands auf die ganze Ukraine radikal
- geändert.
- Bis dahin gab es verschiedene Vorhaben, LNG-Kapazitäten in Deutschland
- aufzubauen, diese sind aber aufgrund mangelnder Wirtschaftlichkeit gescheitert
- oder wenigstens nicht weiter verfolgt worden.
- Durch den Wegfall russischen Billiggases hat sich der Preis von Energieträgern,
- insbesondere Gas, stark erhöht und LNG ist wirtschaftlich attraktiver geworden.
- Große Teile der Industrie, insbesondere der Petrochemie, sind nach wie vor auf
- 11 Erdgas angewiesen und von den Preisen abhängig.
- Die Bundesregierungen der letzten Jahre haben dabei Erdgas als die saubere und
- 13 klimafreundliche Alternative zu anderen Energieträgern dargestellt und damit
- keine Ambitionen gezeigt, den Ausstieg aus diesem Energieträger in die Wege zu
- 15 leiten.
- Ein Ausbau der LNG-Infrastruktur ist damit vor allem eine milliardenschwere
- Subventionierung von fossilen Geschäftsmodellen, zu Gunsten von wenigen
- 18 Großkonzernen und zulasten von Mensch und Umwelt.
- 19 Erdgas ist nicht klimafreundlich und wird es auch nie sein. Durch Leckagen ist
- die Klimawirkung von Erdgas nicht einmal besser als die von anderen
- 21 Energieträgern.
- Die Grüne Jugend fordert einen schnellen Ausstieg aus Erdgas, denn sauberes
- 23 Erdgas ist eine dreckige Lüge!
- Statt den Wegfall von russischem Erdgas durch einen massiven und lange

- verschlafenen Ausbau der erneuerbaren Energien zu kompensieren, bleibt die
- Bürokratie für Solaranlagen und insbesondere für Windkraftanlagen viel zu hoch.
- Die Handbremse, die in der Energiewende in den letzten Jahrzehnten angezogen
- wurde, ist noch immer nicht gelöst.
- Gleichzeitig sollen mit dem LNG-Beschleunigungsgesetz für fossile Infrastruktur
- nicht nur die Bürokratie abgebaut werden, die bei den Erneuerbaren die
- Energiewende systematisch ausbremst, sondern darüber hinaus auch noch alle
- anderen Umweltprüfungen. Begründung ist eine kurzfristige, wenige Monate
- andauernde potentielle Gasmangellage, die durch Sparmaßnahmen und geregeltes
- Herunterfahren von industriellen Verbrauchen kompensiert werden könnte.
- Unter der Schutzbehauptung, die Versorgungssicherheit gewährleisten zu wollen,
- werden massive Umweltschäden für unnötige fossile Überkapazitäten billigend in
- 37 Kauf genommen.
- Die Grüne Jugend kritisiert dieses Vorgehen scharf und fordert ein Moratorium
- für alle Verfahren, die nach dem LNG-Beschleunigungsgesetz durchgeführt werden.
- 40 Grundlegende Umweltgesetze müssen eingehalten werden!
- Die Umrüstung auf Wasserstoff ist entgegen anfänglicher Behauptungen technisch
- nicht möglich. Die Umrüstung auf Wasserstoffderivate wie Ammoniak ist mit
- qigantischen Kosten verbunden. Damit werden die Terminals in naher Zukunft
- 44 keinen Beitrag zur Versorgung mit Wasserstoff beitragen, zumal nicht geklärt
- 45 ist, woher in entsprechenden Mengen Wasserstoff oder Wasserstoffderivate bezogen
- 46 werden sollen. Dabei ist aus Sicht der Grünen Jugend ausschließlich grüner
- Wasserstoff eine Option und auch nur dann, wenn dieser ohne Ausbeutung von
 - Menschen, ohne signifikante Umweltzerstörung und ohne weitere klimaschädliche
- 49 Emissionen produziert wird.
- Als Grüne Jugend kritisieren wir insbesondere auch die ausbeuterischen Systeme,
- in denen das Erdgas, das als LNG transportiert werden soll, gefördert wird.
- Während das Pipelinegas aus Russland durch die Sanktionen der EU nicht mehr
- bezogen wird, ist der Import von dem gleichen Gas per Schiff nach wie vor
- zulässig und war zuletzt auch Praxis. Das Verbot von Pipelinegas als Reaktion
- auf den Angriff Russlands auf die ganze Ukraine ist richtig, um das völker- und
- 56 menschenrechtsfeindliche System Putin zu schwächen, doch eine Sanktionierung
- lediglich einer Transportweise, um auf eine umweltschädlichere zurückzugreifen,
- kann und darf nicht im Sinne der Sanktionen sein.
- 59 Es ist davon auszugehen, dass ein signifikater Teil der Gasmenge etwa aus den
- USA kommen wird. Das die "älteste Demokratie" ein großes Problem mit Rassismus
- 61 und Ungleichheit hat, ist bekannt. Doch bei der Ausbeutung von Erdgasvorkommen,

oft durch Fracking, spitzt sich dieser unhaltbare Zustand dramatisch zu. Die gigantischen Gewinnmargen bleiben in den Taschen der Konzerne, während die Anlagen ganze Landstriche zerstören und Arbeiter*innen mit niedrigen Löhnen abgespeist werden. Die Umweltzerstörungen sorgen dafür, dass Böden nicht mehr bewirtschaftet werden können und das Grundwasser vergiftet ist. Betroffene Menschen sind überdurchschnittlich oft arme Menschen und People of Colour.

Weitere Staaten, die als Expoteure im Gespräch sind wie etwa Quatar für Ausbeutung und Missachtung von Menschenrechten und Umwelt- und Klimaschutz bekannt. Der Import von LNG aus diesen Ländern befördert die Energieversorgung in eine neue Abhängigkeit von Autokratien. Die Folgen einer solchen Abhängigkeit sind bei der Abhängigkeit von russischem Gas deutlich geworden. Dieser Fehler darf nicht noch einmal begangen werden.

Die Grüne Jugend fordert, keine neuen Abhängigkeiten von autokratischen Systemen zu schaffen.

Bei dem staatlich organisierten Aufbau neuer Infrastruktur dürfen keine neuen Ungleichheiten und Klima- und Umweltzerstörungen entstehen oder bestehende gefestigt werden. Eine zukunftsfähige, weil sichere, soziale, umwelt- und klimafreundliche Energieversorgung ist nur durch den Ausbau von Erneuerbaren Energien vor Ort möglich.

Begründung

Quellen:

69

70 71

72

73

76

77

78 79

Wirtschaftlichkeit und Lock-Inn

https://www.energiezukunft.eu/politik/lng-terminals-geldverschwendung-fuer-fossile-abhaengigkeit/

LNG aus Russland

https://www.zdf.de/nachrichten/politik/fluessigerdgas-russland-lng-100.html

https://www.businessinsider.de/wirtschaft/russland-exportiert-auch-2023-grosse-mengen-lng-nach-europa-dassind-die-gruende-dafuer-a/

LNG aus den USA

https://www.deutschlandfunkkultur.de/fluessiggas-aus-usa-umwelt-klimakrise-100.html

W.M-1 Antrag zur Mandatsvergabe der Fachforen und der Zuteilung der Bundesarbeitsgemeinschaften

Gremium: Bundesvorstand

Beschlussdatum: 15.05.2023

Tagesordnungspunkt: W.M Mandatsvergabe

Antragstext

- Die GRÜNE JUGEND hat bis zur nächsten Mandatsvergabe folgende Fachforen:
- Fachforum Bildung
- Fachforum Demokratie, Innenpolitik, Recht und Antirassismus
- Fachforum Digitales und Medien
- Fachforum Feminismus und Queer
- Fachforum Globales und Europa
- Fachforum Ökologie

- Fachforum Stadt, Land, Mobilität
- Fachforum Wirtschaft, Soziales und Gesundheit
- Die Bundesarbeitsgemeinschaften werden wie folgt den Fachforen zugeordnet:
- Das Fachforum Bildung delegiert zu der BAG Bildung, BAG Kinder Jugend und Familie und BAG Wissenschafts-, Hochschul- und Technologiepolitik.
- Das Fachforum Demokratie, Innenpolitik, Recht und Antirassismus delegiert
 zu der BAG ChristInnen, BAG Demokratie und Recht, BAG Säkulare Grüne, und
 BAG Sportpolitik.
 - Das Fachforum Digitales und Medien delegiert zu der BAG Digitales und

Medien.

17

18

19

20

21

22

23

24

25

26

27

28

29

- Das Fachforum Feminismus und Queer delegiert zu der BAG Frauenpolitik, BAG Lesbenpolitik und BAG Schwulenpolitik.
- Das Fachforum Globales und Europa delegiert zu der BAG Europa, BAG Friedens- und Internationale Politik, BAG Globale Entwicklung und BAG Migration und Flucht.
- Das Fachforum Ökologie delegiert zu der BAG Energie, BAG Landwirtschaft und ländliche Entwicklung, BAG Ökologie und BAG Tierschutzpolitik.
- Das Fachforum Stadt, Land, Mobilität delegiert zu der BAG Kultur, BAG Mobilität und Verkehr und BAG Planen Bauen Wohnen.
- Das Fachforum Wirtschaft, Soziales und Gesundheit delegiert zu der BAG Behindertenpolitik, BAG Soziales, Arbeitsmarkt, Gesundheit und BAG Wirtschaft und Finanzen.

Begründung

Dieser Vorschlag entstand in Absprache des Bundesvorstands mit den Koordinierenden der Fachforen und entspricht dem aktuellen Zuschnitt. Eine thematische Umstrukturierung der Themen oder eine Änderung der BAG-Delegationen ist zum jetzigen Zeitpunkt nicht angedacht. In Gesprächen mit den Fachforen ist der Wunsch deutlich geworden, diesen Debattenort weiterzuentwickeln. Diese Thematik wird im Rahmen des Debattenorteprozesses bearbeitet.